

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 4 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 24. Januar 1931

Unternehmeransichten

Das „Baugewerbe“, Zeitschrift zur Wahrung und Förderung der gemeinsamen Berufsinteressen der deutschen Baugewerbetreibenden, Mitteilungen und Nachrichten des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, bringt in seiner Nummer 1 vom 1. Januar d. J. unter der Überschrift „Rückblick und Ausblick“ eine Reihe von Bemerkungen, die auch für uns wissenswert sind.

Auf eine Wiedergabe der Betrachtungen zu Zahlengebieten der vorjährigen Bauwirtschaftslage können wir verzichten. Zu den Ursachen der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung im engeren Berufe wird in Übereinstimmung mit unserer Auffassung auf die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen und die Ueberführung ihrer kurzfristigen Schulden in langfristige Anleihen durch Zugriff auf die sonst im Baugewerbe arbeitenden Sparfahrgelder verwiesen. Wehnlige Schwierigkeiten werden für die sonst bauwirtschaftlich arbeitenden Gelder der sozialen Versicherungsträger registriert. Der Pfandbriefmarkt konnte die hier erfolgten Ausfälle nicht decken. — Zur Baukostenfrage wird referierend berichtet, daß der Baukostenindex von 181,2 im November 1929 auf 154,9 im November 1930 gesunken ist. — Die betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen werden als jetzt schon weitgehend erschöpft bezeichnet und mit Recht darauf verwiesen, daß bei zeitweise unterbrochener Geschäftstätigkeit der unausgenützte Geräte- und Maschinenpark die Betriebe mit untragbarem Zinsendienst belastet. Dem arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetrieb sei bei Nachlassen der Konjunktur die Möglichkeit gegeben, durch Arbeiterentlassungen seine Unkosten zu verringern. (1) — „Weitere Preisreduzierungen im Baugewerbe dürften sich nur er-möglichen lassen, wenn diejenigen Kostenfaktoren gesenkt werden, die der einzelne Unternehmer selber nicht beeinflussen kann. Das sind der tariflich gebundene Lohn und die sozialen öffentlichen Lasten. Ob an Baukosten noch viel herauszuholen sein wird, ist fraglich.“ So das „Baugewerbe“ wörtlich.

Ohne zunächst ersichtlichen Anlaß werden die vermeintlich hohen Bauarbeiterlöhne, die nach dem besorgten „Baugewerbe“ die Arbeitslosenversicherung außerordentlich stark belasten, mit der Beschäftigungslosigkeit und dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm in Zusammenhang gebracht. Daß die Bauarbeiterlöhne im Vorjahre die gleiche

Kleinwohnungen nicht viel erwartet. — „Die Zwangswirtschaftsgeheke werden zu einem viel zu späten Zeitpunkt abgebaut. Eine Beseitigung müßte unbedingt erfolgen, bevor die Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau eingestellt wird, da sonst der Wohnungsmarkt sich nicht so auf die freie Wirtschaft einstellen wird, daß das private Kapital sich von sich aus im Wohnungswesen betätigt.“ Hierzu, wie auch zu den beiden vorausgegangenen Aufseherungen könnte allerhand gesagt werden, insbesondere wäre hier eine Beleuchtung der widerstehenden Interessen zwischen Bauunternehmer-, Hausbesitzer- und Materialhändlergemeinschaft am Platze. Den gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen wird wieder bei der Zuteilung öffentlicher Mittel eine gar nicht mehr bestehende, zum mindesten aber nicht im angenommenen Umfange vorhandene Bevorzugung nachgesagt. Daß heute Großbauunternehmungen Scheingebilde von gemeinnützigen Genossenschaften bilden, daß mittlere Baugesellschaften gemeinsam solche Firmierungen vornehmen, dürfte doch dem „Baugewerbe“ gar nicht so unbekannt sein.

Von der durch die Notverordnung vorgeesehenen Realsteuerenkung auf Kosten der seither für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel aus Hauszinssteuern und der daraus erhofften Belebung der übrigen Wirtschaft erwartet auch das Baugewerbe nichts. So sehr das Baugewerbe an einer Realsteuerenkung interessiert sei, ebenso sehr würde durch die Schlüsselstellung des Baugewerbes im Wirtschaftsleben weiten Kreisen Beschäftigungsmöglichkeit und der Arbeitslosenversicherung Entlastung zuteil. Die Belebung der Wirtschaft sei nicht durch eine Einschränkung des Bauens herbeizuführen. Beschwert fühlt man sich auch, daß die im Sommer dieses Jahres zuungunsten der Konsumvereine beschlossene erhöhte Umsatzsteuer auf baugewerblichen Umsatz über 1 Million angewandt wird. „Blinder Eifer schadet nur“, dieses Zitat möge das „Baugewerbe“ den Befürwortern dieser Steuer an den Hut stecken!

Der deutschen Sozialpolitik des Jahres 1930 wird die Note erteilt, daß sie von der Richtung des rückständigen Aufbaues abgesehen sei. Diese Bemerkung wird in der Fortsetzung abgeschwächt, indem man zugibt, daß der Einengung des Versicherungsfreies der Arbeitslosenversicherung die Erhöhung der Beiträge gegenüberstände. Dunkel ist der Rede Sinn in folgendem Satz: „Das Baugewerbe wird seinerseits darüber zu machen haben, daß die Herbeiführung der Gesundung der Reichsanstalt (für Arbeitslosenversicherung Red.) nicht auf seine Kosten geschieht, wie es die noch nicht endgültig gebannte Gefahr der grundlegenden Aenderung der Arbeitslosenversicherung nach der Richtung hin, daß das Baugewerbe die gesamte Arbeitslosengefahr der Bauarbeiter ohne Rücksicht auf berufs eigene oder allgemeine wirtschaftliche Einwirkungen allein zu tragen hat, mit sich bringen würde.“ Wir wollen vorerst aus diesem verschachtelten Satzbau herauslesen, daß die Arbeitgeberseite des Baugewerbes sich gegen ultraradikale Pläne auf Ausschließung der Bauarbeiterchaft aus der Arbeitslosenversicherung widersetzt und auch gegen sogenannte Gefahrenklassen mit höheren Beiträgen oder niedrigeren Leistungen oder beiden ungünstigen Ausrichtungen ist. — Bei Besprechung der Unfallversicherung glaubt man konstatieren zu können, daß die bestehenden Leistungsverpflichtungen der Berufsgenossenschaften künftig unmöglich seien; insbesondere soll der Kampf gegen die Entschädigungen für Wegeunfälle und für Abhängigkeit der Renten unter 25 Prozent Erwerbsbeschränkung gehen. — Die Kranken- und Arbeitslosenversicherungspflicht baugewerblicher Lehrlinge während der Auszeit wird bekämpft. Auf entsprechende Entscheidung des Reichsversicherungsamtes wird weiter hingearbeitet.

Die in der öffentlichen Diskussion stehende Frage der Arbeitszeitverkürzung zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird für das Bau-

gewerbe als unsinnig bezeichnet und im Gegenteil eine Lanze für eine im Sommer längere Arbeitszeit gebrochen. „Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich die Wünsche der Gewerkschaften auf Arbeitszeitbeschränkung jedenfalls für das Baugewerbe nicht verwirklichen.“ Der Vater, von dem das „Baugewerbe“ in dieser „Hoffnung“ ist, wird nicht angegeben. Wir sprechen zunächst die Hoffnung aus, daß die derzeitigen sozialen Gründe doch neben den wirtschaftlichen verstärkt gewürdigt werden.

Von besonderem Interesse sind die Darlegungen zur tarifpolitischen Lage im Baujahr 1930. Man wollte sich von den angeblich „übersteigerten“ Lohnlasten befreien. Durch die Kündigung der Lohnverträge sollten die Löhne von etwa 700 000 Arbeitern des Bauhauptgewerbes und etwa fünf Millionen weiteren Millionen von Arbeitnehmern der Baunebengewerbe in irgendeiner Weise mitgeziffert

... Auch die dritte Zwangswirtschaft, die im Lohn- und Arbeitswesen, muß beseitigt werden. Auch auf diesem wesentlichen Teilgebiet der Selbstkosten muß sich das Ergebnis wieder nach Angebot und Nachfrage richten.

Der Industrielle Dr. P. Silberberg im Deutschen Volkswirt

werden. Die Löhne der Maurer seien — nach der mechanischen Rechenstiehermethode (Red.) — in 36 Groß- und Mittelstädten mit 98 Prozent, die der Bauhilfsarbeiter mit 106 Prozent über dem Fortkriegsstand. Diese hohen Löhne will man in Fortsetzung eines halb zur Geschichte werdenden Märchens für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Daß man in der Einleitung des Jahresrückblicks die baulichen Einschränkungsmassnahmen der Städte, die hohen Zinsätze und die verfestigten Geldquellen aus den Versicherungsträgern und Sparkassen angeführt hat, hat man bei Besprechung dieses Abschnitts anscheinend schon wieder vergessen. Daß die Jahre 1927 und 1928 trotz „hoher“ Arbeitslöhne den Mangel der Arbeitslosigkeit nicht aufwiesen, wird auch unterschlagen. Den tariflichen Schlichtungsinstanzen wird in diesem Zusammenhang verübelt die Mißbilligung ausgesprochen: „Die Schlichtungsinstanzen sind nicht zuletzt dem politischen Druck erlegen, den die mächtigen Bauarbeitergewerkschaften auf dem Umwege über das Reichsarbeitsministerium auf die amtlichen und damit auch auf die tariflichen Schlichtungsstellen und schließlich auf die gesamte Öffentlichkeit ausübten.“ Schlimm! So böse Bauarbeitergewerkschaften! So geistig unselbständige Schlichtungsinstanzen! So ein böses Reichsarbeitsministerium! So eine dumme Öffentlichkeit! Das Baugewerbe hat rund ein Vierteljahrhundert in eigener Verantwortung seine Tarif- und Lohnpolitik gemacht. Die heutigen tariflichen Bestimmungen sind gewachsen auf dem Boden der beruflichen Erfahrung. Die tariflichen Instanzen, insbesondere die lohnbildenden Stellen, wie sie heute bestehen, sind gerade auf Anregung aus Arbeitgeberkreisen entstanden. Was man heute verbrennt, hat man vorher angebetet. Es scheint, daß die unterirdischen Kräfte der Großindustrie wieder einmal wie im Jahre 1925 Einfluß auf das Baugewerbe zu nehmen versuchen. Wer aus Erfahrungen nicht lernen will, soll nachher der tarifpolitischen Gegenseite keine Vorwürfe machen, wenn es dem Baugewerbe schlecht geht. — Für das Jahr 1931 wird zu den am 31. März ablaufenden Lohnverträgen behauptet, daß durch eine Senkung der Löhne, die rund 50 Prozent der Baukosten ausmachen, eine Belebung der Bauwirtschaft erreicht würde. Der prozentuale Anteil der Löhne an den Baukosten ist gewaltig übertrieben. Die Hoffnung, die man — laienmännlich gesehen, beinahe pflichtvergessen — den Bauauftraggebern auf Lohnsenkung macht, werden und können sich nicht erfüllen. Die angeheure Verteuerung des Baugewerbes, insbesondere der Mietwohnung, aus dem



Der Abbau der Personalkosten bietet den relativ schwächsten Widerstand, und um es offen zu sagen: nach meiner Auffassung werden wir in Deutschland an diesem schwächsten Punkt des Widerstandes einsetzen müssen.

Der Industrielle Dr. P. Silberberg



Höhe hatten, also von dieser Seite ein Zusammenhang mit der Beschäftigungslosigkeit schon stark konstruiert anmutet, ist dem „Baugewerbe“ wohl gar nicht aufgefallen. Daß die Bauarbeiterchaft aus den „hohen“ Löhnen bei Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung keine Kosten macht, müßten Leute, die von einer Herabsetzung der Unterstützungsätze um zwei bis drei Klassen zwischen dem 15. Dezember 1929 und dem 29. März 1930 etwas wissen, und die weiter von der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung bei denen, die keine 52 Wochen Beschäftigungsdauer aufweisen können, Kenntnis haben, doch mindestens der Objektivität halber mit erwähnen. Warum sich also so oberflächlich zwischen Fingerringen bewegen.

Von den Regierungsmaßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit wird angefaßt der Beschränkungen des Bauzuschusses auf Klein- und

überhöhten Zinsen wird im Gegensatz hierzu nicht gewürdigt. An einem einfachen Beispiel läßt sich die preisverteuernde Zinswirkung nachweisen. Bei einer Großstadtwohnung mit durchschnittlich 12 500 RM Kapitalaufwand erbringt eine Zinsverbilligung von 2 Prozent jährlich die Möglichkeit einer Mietminderung von 250 RM, oder monatlich von beinahe 21 RM. Wenn eine solche Verbilligung am Lohn herausgeholt werden soll, dann werden sich ehrliche Menschen schämen, in solchen, aus Arbeiterschweiß billig zurechtgehungen Wohnungen zu wohnen. — Der Artikel spricht die Hoffnung aus, daß sich in Deutschland keine — staatliche und tarifliche — Schlichtungsstelle finden wird, die es verantworten zu können glaubt, die Bauarbeiterlöhne in ihrer heutigen Höhe zu belassen. — Man ist aber auch sonst nicht bescheiden. Man will auch die sozialen Bestimmungen im Reichstarifvertrag und den Bezirksstarifverträgen abbauen. „Was oben über die Notwendigkeit der Lohnsenkung gesagt ist, gilt in gleichem Maße auch für die Senkung der in den Arbeitsbedingungen beruhenden Lohnlasten. Die Bauarbeiter planen keine jahrmacherische Zurückdrängung der Bauarbeiter aus ihrer sozialen Stellung, aber die wirtschaftliche Notwendigkeit der Senkung der Lohnlasten wird auch vor den Bestimmungen über die allgemeinen Arbeitsbedingungen nicht halt machen können.“ So der Artikel wörtlich.

Auf Grund dieser Ankündigung muß wohl oder übel mit allerhand Anträgen der Arbeitgeberorganisationen gerechnet werden. Wir können die Gegenseite nicht hindern, ihrem unsozialen Drange freien Lauf zu lassen. Wir können sie auch nicht hindern, Verwickelungen heraufzubeschwören, die dem Baugewerbe neue Erschwerungen in bezug auf Arbeitsgelegenheit bringen. Sicher ist, daß diese Ankündigungen dazu führen werden, daß die Vergabung von Bauaufträgen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wird. Sicher ist, daß die bei den Bauauftraggebern geweckten finanziellen Hoffnungen nicht erfüllt werden. Sicher ist, daß der notwendige Kampf um eine Erhöhung der Summen zum Wohnungsbau aus Hauszinssteuermitteln einen Genickstoß durch diese Veröffentlichungen bekommt. Sicher ist, daß sich der private Kapitalmarkt erneut zuungunsten der Baufinanzierung verzieht.

Lehren für uns braucht man wohl nicht im einzelnen breitzutreten. Dazu sind sie zu naheliegend!

Senkung der Baukosten zur Belebung des darniederliegenden Baumarcktes begründet.

Die Forderung und die Art der Begründung gerade im Winter ist der beste Beweis dafür, daß die Argumente nicht stichhaltig sind. Der rechtlich zulässige Termin zur Kündigung der bestehenden Löhne ist der 31. März. Aus diesem rein sachlichen Grunde werden wir jede Verhandlung über Venderung der Löhne ablehnen. — Aus demselben Grunde lehnt auch der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands — Bezirk Saar — dem gleichen Verband im gleichen „Betreff“ jede Verhandlung vor dem 31. März ab.

Zu der geforderten Lohnsenkung ist kurz sachlich folgendes zu erwidern: Die Kardinalfrage ist die, auf welchem Wege die notwendige Senkung der Baukosten erzielt werden soll. An der aufwärts erfolgten Entwicklung der Baukosten in den Jahren nach dem Kriege haben die Lohnkosten nur einen unerheblichen Anteil. Eine starke Steigerung haben indessen die Baumaterialpreise, die Bankzinsen für Baudarlehen und die Gewinnquote der Unternehmer erfahren. Wenn die Unternehmer sowohl des Baugewerbes als auch der baustoffherstellenden Industrie mit einer geringeren Gewinnspanne zufrieden wären und auch die Banken und privaten Geldgeber ihre Zins- und Spesenforderungen auf ein für die Darlehensnehmer erträgliches Maß herabsetzen würden, dann würden die Baukosten bestimmt eine ganz wesentliche Senkung erfahren und mit ziemlicher Sicherheit eine starke Neubelebung des Baumarcktes auslösen.

Man versucht jetzt nach dem berühmten Rezept der deutschen Industrie, unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Senkung der Preise für eine Ankurbelung der Wirtschaft, erst die Löhne zu senken, während auf Arbeitgeberseite nur wenige zu finden sind, die ehrlich auf eine Abwärtsbewegung der Preise hinarbeiten. Wir trauen aus guten Gründen den saarländischen Unternehmern kein größeres Verständnis für gesunde realistische Problemlösungen in wirtschaftspolitischer Beziehung zu wie ihren Kollegen im übrigen Deutschland.

Im Zeichen einer rapiden Steigerung der Preise haben sich die saarländischen Bauunternehmer nur unter dem äußersten Zwang zu Lohnaufbesserungen entschließen können, und immer nur erst dann, nachdem die Lebenshaltungskosten schon einige Wochen vorher gestiegen waren. Die Indexzahl für die Gesamtlebenshaltungskosten weist vorläufig noch gar keine sinkende Tendenz auf. Seit der letzten Lohnaufbesserung im saarländischen Baugewerbe ist sogar die Indexzahl für die Gesamtlebenshaltungskosten um rund 40 Punkte gestiegen. Das bedeutet, daß sich die Lebenshaltung der saarländischen Bauarbeiter in der Zwischenzeit um rund 10 Prozent verschlechtert hat. Sie liegt mit etwa 25 Prozent unter der Lebenshaltung der Kollegen im übrigen Deutschland.

Man spielt va banque, wenn man über Kaufkraftschwächung zur Wirtschaftsbelebung kommen will.

An die saarländischen Bau- und Holzarbeiter ergeht die Aufforderung, ihre Arbeit unbeirrt fortzusetzen und ihre Unternehmer darauf aufmerksam zu machen, daß über eine Neuheftung der gegenwärtigen Löhne erst nach dem 31. März 1931 verhandelt werden kann.

G. Maurer.

Im Jahre 1930 2 Milliarden weniger Bauinvestitionen Umkehr der Wohnungsbaupolitik notwendig

Ein Spiegelbild der Wirtschaftslage der abgelaufenen Jahre bietet das deutsche Baugewerbe, das als Schlüsselindustrie mit den Nebenindustrien 2,5 Millionen Arbeiter zu beschäftigen in der Lage wäre, wenn die Kapazität zu 100 Prozent ausgenutzt würde. In den beiden vorhergehenden Jahren stellten sich die gesamten Bauinvestitionen auf etwa 9 Milliarden Mark, wovon reichlich ein Drittel auf den Wohnungsbau entfällt, die restlichen zwei Drittel kommen auf den gewerblichen und öffentlichen Bau. Von diesen 9 Milliarden entfallen etwa die Hälfte auf Baustoffe, ein Drittel auf Baulöhne und der Rest auf Zinsen, Unkosten, Verwaltung und Verdienst.

Im abgelaufenen Jahr rechnet man nur mit etwa 7 Milliarden Mark Bauinvestitionen, also einer Minderproduktion von rund 2 Milliarden. In der günstigsten Bauzeit waren nur 60 Prozent der Bauarbeiter voll tätig. Am besten war noch der Wohnungsbau beschäftigt,

durch dieses zusätzliche Wohnungsbauprogramm mit seiner nicht zu verantwortenden Einschränkung der Wohnungsgröße erhebliche Geldmittel vom regulären Wohnungsbau abgedrängt wurden, denn der freie Kapitalmarkt will das Risiko, das bei dem Bau solcher unzulänglicher Miniaturwohnungen entsteht, nicht tragen. Der gesamte Wohnungsbau scheint vielmehr durch die schnelle Umkehr von der bisherigen Wohnungsbaupolitik in größte Unsicherheit, ja in Erschütterung geraten zu sein, und der Absturz der Beschäftigungsziffer ist trotz der bis Anfang Dezember günstigen Witterungsverhältnisse so anormal, daß man bei der allgemeinen Ablehnung, die das neue Programm nach der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Seite erfahren hat, dieses mit als eine der wichtigsten Ursachen des katastrophalen Rückganges der Wohnungsbautätigkeit und des Beschäftigungsgrades ansehen muß.

Die Arbeitgeber im saarländischen Baugewerbe fordern 12 Prozent Lohnsenkung mit sofortiger Wirkung

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe im Saargebiet E. R. hat mit Schreiben vom 10. Januar 1931 an die baugewerblichen Arbeitnehmerorganisationen die bisherigen Löhne mit sofortiger Wirkung gekündigt und gleichzeitig eine 12prozentige Lohnherabsetzung beantragt. Die Forderung wird mit dem Hinweis auf die Unerlässlichkeit einer

Senkung der Baukosten zur Belebung des darniederliegenden Baumarcktes begründet.

Die Forderung und die Art der Begründung gerade im Winter ist der beste Beweis dafür, daß die Argumente nicht stichhaltig sind. Der rechtlich zulässige Termin zur Kündigung der bestehenden Löhne ist der 31. März. Aus diesem rein sachlichen Grunde werden wir jede Verhandlung über Venderung der Löhne ablehnen. — Aus demselben Grunde lehnt auch der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands — Bezirk Saar — dem gleichen Verband im gleichen „Betreff“ jede Verhandlung vor dem 31. März ab.

Zu der geforderten Lohnsenkung ist kurz sachlich folgendes zu erwidern: Die Kardinalfrage ist die, auf welchem Wege die notwendige Senkung der Baukosten erzielt werden soll. An der aufwärts erfolgten Entwicklung der Baukosten in den Jahren nach dem Kriege haben die Lohnkosten nur einen unerheblichen Anteil. Eine starke Steigerung haben indessen die Baumaterialpreise, die Bankzinsen für Baudarlehen und die Gewinnquote der Unternehmer erfahren. Wenn die Unternehmer sowohl des Baugewerbes als auch der baustoffherstellenden Industrie mit einer geringeren Gewinnspanne zufrieden wären und auch die Banken und privaten Geldgeber ihre Zins- und Spesenforderungen auf ein für die Darlehensnehmer erträgliches Maß herabsetzen würden, dann würden die Baukosten bestimmt eine ganz wesentliche Senkung erfahren und mit ziemlicher Sicherheit eine starke Neubelebung des Baumarcktes auslösen.

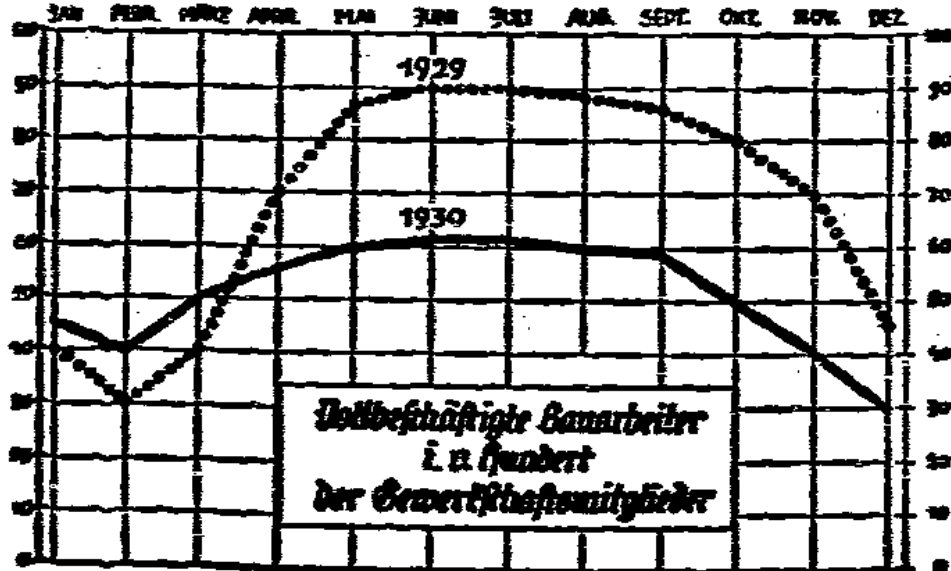
Man versucht jetzt nach dem berühmten Rezept der deutschen Industrie, unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Senkung der Preise für eine Ankurbelung der Wirtschaft, erst die Löhne zu senken, während auf Arbeitgeberseite nur wenige zu finden sind, die ehrlich auf eine Abwärtsbewegung der Preise hinarbeiten. Wir trauen aus guten Gründen den saarländischen Unternehmern kein größeres Verständnis für gesunde realistische Problemlösungen in wirtschaftspolitischer Beziehung zu wie ihren Kollegen im übrigen Deutschland.

Im Zeichen einer rapiden Steigerung der Preise haben sich die saarländischen Bauunternehmer nur unter dem äußersten Zwang zu Lohnaufbesserungen entschließen können, und immer nur erst dann, nachdem die Lebenshaltungskosten schon einige Wochen vorher gestiegen waren. Die Indexzahl für die Gesamtlebenshaltungskosten weist vorläufig noch gar keine sinkende Tendenz auf. Seit der letzten Lohnaufbesserung im saarländischen Baugewerbe ist sogar die Indexzahl für die Gesamtlebenshaltungskosten um rund 40 Punkte gestiegen. Das bedeutet, daß sich die Lebenshaltung der saarländischen Bauarbeiter in der Zwischenzeit um rund 10 Prozent verschlechtert hat. Sie liegt mit etwa 25 Prozent unter der Lebenshaltung der Kollegen im übrigen Deutschland.

Man spielt va banque, wenn man über Kaufkraftschwächung zur Wirtschaftsbelebung kommen will.

An die saarländischen Bau- und Holzarbeiter ergeht die Aufforderung, ihre Arbeit unbeirrt fortzusetzen und ihre Unternehmer darauf aufmerksam zu machen, daß über eine Neuheftung der gegenwärtigen Löhne erst nach dem 31. März 1931 verhandelt werden kann.

G. Maurer.



und wenn in diesem Jahr der Reinzugang an Wohnungen von etwa 300 000 die beiden Vorjahre nicht wesentlich unterschreiten wird, so ist dieses immerhin günstige Ergebnis einmal auf die zahlreichen schon im vorhergehenden Jahr begonnenen und in diesem Jahr vollendeten Wohnungen zurückzuführen — etwa 140 000 Wohnungen wurden Anfang dieses Jahres unvollendet übernommen — andererseits hat die öffentliche Hand auch im Berichtsjahr Wohnungsbauschüsse in der gleichen Höhe wie in den beiden Vorjahren geleistet, hier und da wurde ein Markt durch Borgriffe auf nächstjährige Hauszinssteueranschlüsse ausgeglichen. Der Wert der baugewerblichen Produktion im Wohnungsbau im Jahre 1930 wird sich, da der umbaute Raum pro Wohnung kleiner geworden ist, nur auf etwa 3 Milliarden Mark gegenüber 2,5 Milliarden Mark im Vorjahr stellen.

Größere Einschränkungen als der Wohnungsbau hat der gewerbliche Bau durch die schlechte Wirtschaftslage anderer Industriezweige erfahren. Bei der allgemeinen Finanznot der Länder und Gemeinden sind auch geringere Beträge für die öffentliche Bautätigkeit, insbesondere für Tiefbauten, ausgegeben worden, ja man hat vorläufig die Weiterführung besonders kostspieliger Arbeiten, z. B. des Mittellandkanals, unterbrochen. Den Arbeitsmangel suchte die Regierung im die öffentliche Hand durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel zu beheben. So kam man bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, an dem sich besonders Reichsbahn und Reichspost mit etwa 550 Millionen Mark zusätzlicher Mittel beteiligten. Für die Durchführung wurde von der Regierung eine neue Finanzierungsgesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. im September ins Leben gerufen, von deren Tätigkeit man bisher nicht viel gehört und gesehen hat.

Eine nur geringe Auswirkung auf die Arbeitsmarktlage hatte das im Spätherbst herausgekommene zusätzliche Wohnungsbauprogramm. Bei rund 3 Milliarden Mark Gesamtkostenplanungsstellen, die der Wohnungsbau beansprucht, spielen die hierfür auszumessenden 100 Millionen Mark zusätzliche Geldmittel natürlich keine erhebliche Rolle, es ist überhaupt eine offene Frage, ob nicht

Arbeitslosenfeststellung im Verband für Dezember 1930

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Dezember 1930 aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage — entsprechend der Jahreszeit — gegenüber dem Vormonat weiter zurückgegangen ist. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom November mit 58,52 Prozent weist der Dezember die Zahl der Beschäftigungslosen mit 74,10 Prozent aus. Das bedeutet eine scharfe Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 15,58 Prozent. Die Vergleichszahl vom Dezember 1929 ist 58,43 Prozent; der diesjährige Arbeitslosenstand übersteigt somit den vorjährigen um 15,67 Prozent. Die Verschlechterung der Beschäftigungslage erfährt alle Bezirke. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Breslau, ihm folgt Paderborn, dann Königsberg und München.

Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin	64,98	7. Köln	60,34
2. Bochum	68,88	8. Königsberg	86,48
3. Breslau	89,97	9. München	86,27
4. Frankfurt	80,00	10. Münster	84,00
5. Hannover	74,59	11. Nürnberg	80,63
6. Karlsruhe	67,80	12. Paderborn	87,37

Die Arbeitsmöglichkeit war durch sogenanntes Winterwetter nicht beeinträchtigt.

Der Stand der Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 am jeweiligen Monatsende ist in nachstehender Uebersicht im Prozentfuß der Gesamtmitgliederzahl zusammengefaßt:

Bezirke	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1. Berlin	51,54	63,33	62,19	52,—	42,48	38,54	37,37	33,81	28,06	42,66	54,17	64,98
2. Bochum	55,05	63,18	57,77	47,—	48,11	42,96	40,57	41,42	48,19	53,74	59,14	68,88
3. Breslau	68,25	76,01	72,—	55,22	44,79	47,53	41,71	44,79	48,35	49,95	60,19	89,97
4. Frankfurt	78,26	84,79	67,—	65,32	57,40	58,46	60,91	58,69	60,07	65,49	68,61	80,—
5. Hannover	75,83	79,65	64,15	50,—	42,03	46,42	39,84	42,23	45,04	47,88	56,45	74,59
6. Karlsruhe	55,10	56,66	64,23	46,43	42,82	38,95	43,50	44,15	47,93	56,50	59,13	67,80
7. Köln	55,15	62,66	64,21	51,29	42,44	41,96	40,80	42,14	44,44	47,55	49,88	60,34
8. Königsberg	88,77	87,06	82,—	60,66	44,53	31,72	41,04	40,47	45,89	46,71	66,12	86,48
9. München	75,10	79,01	57,84	44,45	35,99	36,49	38,08	47,12	46,25	53,37	66,50	86,27
10. Münster	66,78	75,54	57,97	49,57	42,40	40,52	40,21	39,48	38,36	47,01	57,50	84,—
11. Nürnberg	79,71	92,03	77,46	63,96	48,77	44,59	43,33	41,90	48,37	50,98	56,21	80,63
12. Paderborn	80,84	81,84	66,29	49,85	40,53	39,30	43,21	46,66	52,72	56,18	67,75	87,37
Im Reichsdurchschnitt	65,00	71,52	64,19	51,83	44,60	42,26	42,30	43,29	46,62	51,67	58,52	74,10
Im Jahre 1929	78,07	85,79	53,23	22,97	16,06	14,46	14,06	15,44	17,65	22,52	35,55	58,43

Der Lohnkampf im Ruhrbergbau

Alle Bestrebungen, dem Wirtschaftsleben in richtiger Weise Erleichterung zu schaffen, und dadurch die jetzige Arbeitskrise zu beheben, verdienen vollste Würdigung. Leider erleben wir bei der sehr extremen Einstellung der sich „Wirtschaft“ nennenden Kreise immer wieder, daß hier sehr einseitige Auswege gesucht werden. Den Regierungsauftrag auf Senkung aller Gestehungskosten wollten sie nur dahin verstehen, die Lohnkosten zu senken. Erst durch eine unzweideutige Erklärung des Reichsarbeitsministers und unzweideutige Regierungsmassnahmen entschloß man sich zu bescheidenen Abstrichen an der „Gewinn-“ und „Risikoquote“. Die Befürworterin des Lohnabbaus, die Deutsche Bergwerkszeitung, sah in dem Abbau der Gewinnquote sogar die Gefahr einer Wirtschaftsschädigung, weil die Ansammlung von notwendigem „Wirtschaftskapital“ dadurch gestört werden könne. Momentan schweigt alles über den Preisabbau.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie ist seit Herbst richtunggebend gewesen für alle durch amtliche Schlichter behandelten Lohnstreitigkeiten. Für die Neuregelung der im Bergbau des Ruhrgebietes bereits einmal verlängerten Lohnsätze glaubten die Bergbauindustriellen einen Mindestanspruch auf gleiche Lohnsenkung zu haben. Ihre Forderung lautete auf 12prozentigen Abbau; der Vorsitzende des Zechenverbandes sprach zum Beweismachen der öffentlichen Meinung unter Bezugnahme auf die eingetretene kleine Preislenkung von einer Lohnherabsetzung von 20 Prozent, die vorgenannte Bergwerkszeitung wollte unter Würdigung der Selbstkostenlage des Ruhrbergbaus eine Lohnminderung von 30 bis 40 Prozent für sachlich begründet halten. Tatsachenbeweise blieb man trotz großer und vieler Worte schuldig. Die Bergarbeiterorganisationen wiesen nach der sozialen Seite mit Recht darauf, daß das Einkommen im Jahre 1930 schon durch Feiertagslöhne bis an die Grenze des Lebensnotwendigen gemindert sei. Nach der sachlichen Seite wurde unwiderprüfbar nachgewiesen, daß die Lohnkosten je Tonne Kohlen dauernd niedriger geworden ist. Pro Mann und Schicht ist der Förderanteil vom Mai 1925 von 908 kg bis zum Oktober 1930 auf 1402 kg, also um 494 kg oder 54,4 Prozent gestiegen. Neben stärkster Rationalisierung kommt hier auch ein gerütteltes Maß von Inanspruchnahme der Körperkräfte in Frage. Die Lohnkosten sind von 7,61 RM. je Tonne im Mai 1925 auf 6,46 RM. je Tonne im Oktober 1930, also um 1,15 RM., gesunken. Die Kohlenpreislenkung vom 1. Dezember 1930 um 1 RM. je Tonne ist somit mehr als ausgeglichen. Die Behauptung des Zechenverbandes, daß es dem Ruhrbergbau schlecht gehe und er mit Zuschüssen arbeite, kann nicht stimmen.

Nachdem der Schlichter bei den beiderseitigen Argumenten keine mittlere Lösung herbeiführen konnte und der Bergbau nur auf 12prozentiger Lohnsenkung bestand, dieser auch noch die bekannte sogenannte vorjorgliche Maßnahme der Kündigung der Gesamtbelegschaft von rund 295 000 Bergarbeitern aussprach, war die soziale Atmosphäre wieder einmal am Entladungspunkt angelangt. Kurzfristige wilde Streiks in den nördlichen und westlichen Teilen des Ruhrgebietes, veranlaßt und organisiert von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, waren die äußeren Anzeichen. So wenig man gefühlsmäßig das Handeln einer Einzelperson in einem solchen Falle verurteilen kann, so sehr muß doch der Versuch gewisser Kreise abgelehnt werden, politischen Brei zu kochen. Die tarifbeteiligten Arbeiterorganisationen und ihre Mitglieder haben durch ihre selbstherrliche Haltung den Bergbauindustriellen eine bei gefüllten Kohlenhalten vielleicht erwünschte Feiertag auf Kosten der Arbeiterschaft und nachfolgenden wilden Lohnabbau aus der Hand geschlagen. Um einen im Gesamtinteresse Deutschlands gefährlichen Wirtschaftskampf abzubiegen, hat die Reichsregierung auf Grund einer Notverordnung eine Sonderschlichtungsmöglichkeit durch drei Unparteiische geschaffen. Deren Schiedsspruch kann bei uns keine Freude und Zustimmung finden. Er sieht einen 6prozentigen Lohnabbau ab 1. Januar vor, befristet die neue Lohnregelung bis zum 31. Juli d. J. und hebt die erfolgte Kündigung der Arbeitsverträge auf. Die Bergbauindustriellen haben ihn sofort abgelehnt, weil ihrer Ansicht nach Rechnung getragen war. Für die Ablehnung durch die Arbeiterorganisationen sprachen beachtliche soziale Gründe. Diese wurden gefühlsmäßig noch verständlicher dadurch, daß der körperlich schweren und gefährlichen Bergarbeit hohere und frühere Opfer von einer staatlichen Schlichtungsstelle auferlegt werden, wie sie den Beamten des Staates zugemutet werden.

Der Schiedsspruch ist vom Reichsarbeitsminister für allgemein verbindlich erklärt worden. Unter ausschließlicher Betrachtung staatspolitischer Notwendigkeiten wird gegen diesen Verwaltungsakt zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens wenig gesagt werden können. Nach sozialen Gesichtspunkten geurteilt, wird die Auffassung wesentlich anders sein. Die Bergbauindustriellen verkünden durch ihre Presse, daß die Folgen der neuen durch Staatsmacht gestalteten Lohnbildung in weiterer Einschränkung der Belegschaften, Stilllegung wenig rentierender Gruben und weiterer Rationalisierungsmassnahmen bestehen könnten. Man darf diese Ergüsse als Rückzugsschamaden betrachten.

Von den Preisen für Kohle hängen wesentlich die Preise aller durch Feuer bearbeiteten Fertigprodukte ab. Verbilligte Exportpreise und damit Halten und Ausbauen

Am 24. Januar 1931 ist der vierte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

der Weltmärkte, verbilligte Inlandspreise und dadurch gesteigerter Konsum können die Nachwirkungen gesenkter Kohlenpreise sein. So erwünscht diese beiden Auswirkungen sind, so ungerne ist es, sie zu wollen auf Grund unsozialer Lohnsätze, die zur Verelendung der Bergarbeiterfamilien, aber auch zur Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften und damit zu fortwährenden Einzelunfällen oder erschreckenden Massenunfällen führen. Eine auskömmliche Wirtschaft muß auch für wirtschaftliches Auskommen der in ihrer Tätigkeit Gewähr leisten!

Das Schlichtungswesen im Jahre 1929

Die staatliche Schlichtungstätigkeit erfährt immer noch eine sehr unterschiedliche Würdigung. Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht soeben eine Statistik des Schlichtungswesens für 1929. Bei der Veröffentlichung ist ein umfangreiches Zahlenmaterial aus den Jahren seit 1924 beigegeben, so daß ein Vergleich über die Entwicklung des Schlichtungswesens in diesem Zeitraum möglich wird. Die Zahl der Schlichterbezirke ist von 19 im Jahre 1924 auf 13 im Jahre 1929 gesunken. Es waren für diese Bezirke im Berichtsjahre acht hauptamtliche und vier nebenamtliche Schlichter vorhanden. Ein hauptamtlicher Schlichter verwaltete zwei Schlichterbezirke. Das erste Jahr der stabilisierten Mark, 1924, brachte eine Neuordnung der durch die Inflation vollständig veränderten Grundlage der Arbeitsverträge. So ist die Zahl von 18 575 Schlichtungsverfahren nur aus dieser Lage heraus zu verstehen. Etwas mehr als die Hälfte dieser Schlichtungsverfahren fanden durch Schiedssprüche ihren Abschluß; während nur für 899 Schiedssprüche die Verbindlichkeitsklärung durch die zuständige Verwaltungsbehörde erfolgte. Die Rangordnung zwischen Schlichtungsverfahren und der Zahl der Schiedssprüche und der Zahl der Verbindlichkeitsklärungen, die sich schon im Jahre 1924 zeigte, ist in den folgenden Jahren fast die gleiche geblieben. Im Laufe der ganzen Zeit ist die Zahl der Verfahren zurückgegangen, bis sie für das Jahr 1929 7109 betrug, von denen 3927 durch Schieds-

spruch erledigt wurden, und von denen nur 274 durch Verbindlichkeitsklärung in Kraft gesetzt werden mußten. Von den beteiligten Kreisen sind von der Statistik die Angaben gewünscht worden darüber, auf wessen Antrag die Schlichtungsverfahren und insbesondere die Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches eingeleitet werden. Diese Angaben macht die Statistik vom Jahre 1925 an. Dabei ergibt sich die interessante Feststellung, daß im Laufe dieser Zeit der Prozentsatz der von den Arbeitgebern gestellten Anträge auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zugenommen hat, während entsprechend der Anteil der Arbeitnehmer zurückging. So stellten im Jahre 1925 in 7,7 v. H. Fällen die Arbeitgeber und in 90,0 v. H. Fällen die Arbeitnehmer den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens. Im Jahre 1929 betragen die entsprechenden Zahlen 12,8 v. H. und 85,9 v. H. Die gleiche Entwicklung ist für den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen festzustellen. Hier ist der Anteil der Arbeitgeber von 14,7 v. H. im Jahre 1925 auf 17,8 v. H. im Jahre 1929 gestiegen und der Anteil der Arbeitnehmer von 83,8 v. H. auf 81,2 v. H. zurückgegangen. Die in Aussicht genommene Verbindung der Schlichtungsstatistik mit den Statistiken der Tarifverträge und der Arbeitskämpfe zu einer einheitlichen Statistik der kollektiven Beziehungen der Arbeit mußte leider aus finanziellen Gründen vorläufig zurückgestellt werden. Eine wertvolle Ergänzung der staatlichen Schlichtung bildet das zahlenmäßig nicht erfaßte tarifliche Schlichtungswesen.

Tätigkeit der Versicherungsämter und Oberversicherungsämter im Jahre 1929

Das Reichsversicherungsamt hat reichlich spät für das Jahr 1929 in den Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung 1930 Seite IV 491 ff. eine Statistik über die Tätigkeit der Versicherungsämter und Oberversicherungsämter im Deutschen Reich veröffentlicht. Aus ihr entnehmen wir folgendes: Zur Zeit sind für alle Zweige der Sozialversicherung 1064 Versicherungsämter und 94 Oberversicherungsämter in Deutschland tätig.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung waren von den Versicherungsämtern im Spruchverfahren 47 593 Spruchfachen zu bearbeiten. Hieron wurden 39 886 = rund 84 v. H. erledigt.

In der Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung liegt den Versicherungsämtern in der Hauptsache eine vorbereitende Tätigkeit für das Feststellungsverfahren ob; hier waren insgesamt 454 256 Sachen zu bearbeiten, von denen 437 794 = rund 96 v. H. erledigt worden sind. — Im Beschlußverfahren waren in der Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung bei den Versicherungsämtern zusammen 79 379 Streitfachen anhängig. Davon sind 70 850 Sachen = rund 89 v. H. erledigt worden. Hierbei handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um Streitigkeiten über das Versicherungsverhältnis, die Beitragsleistung und um Straffachen wegen Verletzung der Meldepflicht.

Die Oberversicherungsämter hatten im Jahre 1929 insgesamt 278 954 Spruchfachen zu bearbeiten, von denen 192 357 = rund 69 v. H. erledigt worden sind. Den stärksten Anteil an den Sachen hat die Unfallversicherung. Es entfallen auf sie 158 267 zu bearbeitende Sachen = rund 57 v. H. und von den erledigten Spruchfachen 111 345 = rund 58 v. H. An zweiter Stelle steht die Invalidenversicherung mit 95 124 zu bearbeitenden Sachen = rund 34 v. H. und mit 65 034 erledigten Sachen = ebenfalls rund 34 v. H. Die übrigen Versicherungszweige folgen erst in größerem Abstände. Die weit überwiegende Zahl aller Streitfachen wurde von den Oberversicherungsämtern durch Urteile erledigt. Insgesamt sind 128 161 solcher Urteile ergangen, unter ihnen 28 302 = rund 22 v. H. zugunsten der Versicherten. Im Beschlußverfahren waren von den Oberversicherungsämtern im ganzen 38 005 Sachen zu bearbeiten. Hieron sind 29 949 Sachen = rund 79 v. H. erledigt worden. Sie betrafen vor allem die Streitigkeit über Versicherungs-pflicht und Beitragspflicht, sowie die Straffachen.

Allgemeine Rundschau

Ein Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit

Die Harburger Werke Brindmann und Mergell haben am 20. Oktober 1930 die Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden herabgesetzt und dadurch ihre Belegschaft von 1000 auf 1350 Arbeiter erhöhen können. Wie die Gesellschaft mitteilt ist dadurch weder eine Steigerung der Herstellungskosten noch eine Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten. Der Betriebsrat hatte zu dieser Arbeitszeitverkürzung zugunsten der Neueinstellung von Erwerbslosen seine Zustimmung gegeben, ein hochfrennetliches Beispiel solidarischer Opferbereitschaft. Die Arbeitszeitverkürzung ist ohne irgendwelche staatliche oder städtische Subventionen durchgeführt worden. Nun hatte die Gesellschaft bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung angeregt, für die neuangestellten Arbeiter die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu erlassen, so daß also die gesamte Arbeiterschaft geringere Beiträge zu zahlen und dadurch einen kleinen Ausgleich für vermindertes Einkommen gehabt hätte. Die Reichsanstalt, die durch die Maßnahme der Gesellschaft nicht unbeträchtliche Unterstützungsgelder einspartete, war zu schwerfällig, um sich auf die neuen Dinge so bald einzustellen und so ihrerseits die Aktion mitanzuerkennen.

Ein erfreuliches Aktium

Trotzdem auch der deutsche Außenhandel infolge der Weltwirtschaftskrise rückläufig ist, ist der Rückgang dennoch geringer als der des gesamten Weltaushandels, insbesondere der Englands und der Vereinigten Staaten. Von 1925 bis 1929 ist der deutsche Außenhandel ganz wesentlich, und zwar um 4 Milliarden von 9240,4 Millionen auf 13 482,7 Millionen RM. gestiegen, während der englische Außenhandel um rund 800 Millionen RM. von 15 634,2 Millionen auf 14 830,7 Millionen zurückging und der amerikanische Außenhandel nur um 1,5 Milliarden stieg. Damit haben wir in Deutschland zwar noch nicht ganz das Vorkriegsniveau unseres Außenhandels, das 1913 18 928 Millionen betrug erreicht, sind aber nicht mehr weit davon entfernt. Wenn auch 1930 die stetige Steigerung unterbrochen wurde, so haben sich die Verhältnisse gegenüber England und Amerika dennoch weiter zugunsten Deutschlands verschoben. Ja, das Jahr 1930 ist das allererste Jahr in der Wirtschaftsgeschichte, in dem der deutsche Außenhandel den englischen Außenhandel überholt hat. In den ersten zehn Monaten 1930 betrug der deutsche Außenhandel 10 201,5, der englische dagegen nur 9948,8 Millionen RM.

Ergebnisse der Preislenkungsaktion

Während die Löhne allenthalben rigoros abgebaut werden, geht es mit der Preislenkung nur ganz langsam vorwärts. Für die Stadt Berlin wird seit einiger Zeit die Preisbewegung statistisch erfaßt. Danach (Berliner Wirtschaftsberichte 10/1930) gingen die monatlichen Co-

nahrungskosten einer fünfköpfigen Familie in der Zeit von Oktober 1930 bis zum 17. Dezember 1930 von 95,49 RM. auf 91,26 RM., also um 4,23 RM. oder 4,4 Prozent zurück, und zwar im einzelnen die Gruppe Fleisch- und Wurstwaren von 20,21 RM. auf 19,58 RM. die Gruppe Fett, Milch, Eier, Käse von 30,28 RM. auf 29,27 RM., die Gruppe Brot, Nahrungsmittel, Gemüse, Kartoffeln von 34,92 RM. auf 32,44 RM. und die Gruppe sonstige Lebensmittel von 10,08 RM. auf 9,97 RM. Vom 3. Dezember bis zum 17. Dezember gingen die Ernährungsausgaben von 92,27 RM. auf 91,26 RM., also um 1,01 RM. oder 1,10 Prozent zurück.

Nun braucht eine fünfköpfige Familie aber nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Sie muß Steuern bezahlen, mit der Bahn zur Arbeitsstelle fahren usw. Diese Ausgaben sind nicht geringer, sondern eher noch teurer geworden. Rechnet man dieselben hinzu, so wird das Ergebnis der Preisentwicklung noch wesentlich ungünstiger werden. Nur die Gruppe Kleidung ist härter gefallen. Die Ausgaben für Kleidung aber sind nicht unbedingt notwendige Ausgaben, die eine Arbeiterfamilie auf bessere Zeiten verschiebt. Hier ist die Preisentwicklung erfolgt wegen der fast zurückgegangenen Nachfrage.

Aus dem Verbandsleben

Auf Winteragitation im Vogelsberger und Fuldaer Land

Zu Weihnachten, am Fest des Friedens, begann am 26. Dezember 1930 die diesjährige Winteragitation. Mit dem Postauto durch das Vogelsberger Land. Weidena u der erste Versammlungsort. Ein typischer Landort mit mehreren hundert Einwohnern, hauptsächlich Bauarbeiter mit Zwergeß und einige Bauern, der mittleren Landwirtschaft zugehörig. Im Dorfe begegnet mir ein Greis, der die fleißig überführten, einstmal selbst Bauarbeiter; seine glanzlosen Augen beleben sich, als er erfährt, daß eine Versammlung des Verbandes stattfindet. Die Versammlung ist von allen Bauarbeitern des Ortes besucht, die meisten monatlang oder auch schon jahrelang ohne Arbeit. Der alte Kämpfer, Kassierer Diegelmann, tut sein möglichstes, um für unsere Sache auch manches zu erhalten und aufzubauen. Dem Referenten wird die schicksalsschwere Frage gestellt: Wie wird es mit der Arbeit 1931? Geipannt blicken unsere Kollegen auf den Redner. Was soll man antworten, man fühlt in solchen Minuten das ganze Elend der Bauarbeiterchaft in den Abwanderergebieten auf sich hereinbrechen. In der Diskussion immer und immer wieder, unsere Kollegen wollen Arbeit. Nach einigen Hausbesuchen geht es weiter nach Hauswurz. Der Kassierer begleitet mich. Treue Anhänglichkeit für den Verband. Auch die Kollegen von Hauswurz stehen trotz schwerer Notzeit treu zu unserem Verbande. Einige Kollegen suchen Hilfe, das Wohlfahrtsamt will keine Unterstützung zahlen. Hohenfeld ist das nächste Ziel. Zwei Stunden Marsch durch Schnee und Kälte. Es werden einige Kollegen aufgejocht. Hohenfeld stellte sonst 150 Bauarbeiter; in diesem Jahr war es nur wenigen vergönnt, einige Monate Arbeit zu haben. Im Gespräch mit Kollegen erfahre ich, daß Poliere sich in Kusel im Donzbecken an der Arbeit befinden. Dort ist es ansehnend aber auch nicht glänzend. Die Versammlung wird von dem sehr rührigen Kollegen Krönung und Hott geleitet. Die Kollegen beweisen durch ihre schneidige und sachliche Diskussion, daß sie die Ziele unseres Verbandes und den Kampfwillen der christlichen Arbeiterchaft erfaßt haben. — Sonntag, den 29., geht es weiter nach Hainzell. Auch hier eine stramme Bauarbeiterchaft, hauptsächlich jugendliche Kollegen. Der Kassierer Stell arbeitet hier mit seinen Mitgliedern Hand in Hand um die Ortsgruppe lebendig zu erhalten. — Mit dem Kollegen Dieß geht es weiter nach Slangenau. Die für den Abend vorgegebene Versammlung muß leider ausfallen. Ich benütze die Zeit, um einige Kollegen anzusprechen. Am Sonntag die Versammlung. Es sind ca. 80 bis 100 Kollegen anwesend. In ausführlicher Weise schildere ich die gegenwärtige Lage, die Notverordnungen und unser Vollen. Die Diskussion wird reger bewegt. Referent und Mitglieder haben sich verstanden. Es werden noch einige Rechtsfragen erledigt. Ein herzliches „Auf Wiedersehen“ und weiter geht es in Begleitung der rührigen Kollegen Dieß und Streitenberger nach Kleinöder. Auch hier ist die Bauarbeiterchaft vollständig versammelt, viele kleine Landleute wohnen unserer Versammlung ebenfalls bei. Immer wieder die Frage an den Redner: „Wann können wir wieder arbeiten?“ Trotz aller Notzeit, unsere Bauarbeiter von Kleinöder bleiben unserem Verbande treu, und helfen sich gegenseitig durch die schwere Notzeit hindurch. Der 31. Dezember 1930 bringt mich nach Käs bei Großenlader. Abends eine gutbesuchte Versammlung unseres Verbandes. Man sieht manche Kollegen, auch jugendliche, mit traurigen Gesichtern umherstreifen. Kann man es ertragen, was es heißt die besten Jahre seines Lebens arbeitslos zu sein, während man in Wirklichkeit in diesem Jahre doppelt arbeiten müßte, um für ein späteres Familienglück zu sorgen. Doch trotz allem werden manche noch aufrechte Worte gesprochen. Der Kassierer begehrt am Schluß unsere Kollegen noch einmal durch seine wackeren Ausführungen, indem er aus den Zeiten von 1881 erzählt, wo die Bauarbeiterchaft auch eine schwere Zeit der Arbeitslosigkeit durchmachen mußte.

Am 2. Januar 1931 abends in Giesel. R. Fulda. Die Kollegen haben über ihre Versammlung sehr berichtet. Die Versammlung war außerst gut besucht. Die Diskussion reger und lebhaft.

Samstag den 3. Januar, in Niederkalbach bei Kerkhof. Die spendenden Worte unseres Kollegen fanden allgemein Anklang und gelobten wir uns auch hier nicht

eher zu ruhen bis auch der letzte christlich denkende Kollege unserer Organisation zugeführt ist. — Sonntag vormittag in Neuhof. Auch hier zeugte die Versammlung von dem Organisationsgeist der Bauarbeiter im Fuldaer Land. Also schnell mußte der Kollege Jobst scheiden, denn schon wartete Hattenhof. — Die Hattenhöfer Kollegen spürten auch in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit ganz besonders. Die Gemeinde will die Wohlfahrtsunterstützung nicht bezahlen. Der Referent zeigte hier an Hand von Beispielen, wie man hier mit den Behörden zu arbeiten habe. Mat, geistige Weiterbildung und geistiger Kampf; nicht zu vergessen die Organisation und ihre Führer, seien hier die Richtlinien, wozu man arbeiten müsse. Am Schluß wurde hier ein regelrechter Vorstand gewählt, der auch die Verhandlungen mit der Behörde führen soll. — Ueber unsere Versammlung in Schweben haben die Kollegen gleichfalls schon berichtet. — Am 6. Januar Versammlung in Komsthal. Nach den Ausführungen des Referenten wurden einzelne Vorgänge im Kreise scharf unter die Lupe genommen und ganz besonders betont, daß die Bauarbeiterchaft im Kreise schlüchtern alle Ursache hat, auf der Hut zu sein und unseren Verband zu stärken, damit sie nicht mehr ihrer Rechte beraubt werden. — Nachmittags ging bei leichtem Schneetreiben nach Marborn, von wo die Kollegen auch schon berichtet haben. — Am 8. Januar ging alsdann wieder nach Kreuznach, wo neue Arbeit in Hülle und Fülle vorlag. Unser Verband wird unsere Bauarbeiter in den Abwanderergebieten, die tren zu uns stehen, nicht vergessen.

Aug. Jobst, Kreuznach.

Marborn. Am 6. Januar hielten wir unsere Generalversammlung. Bei dieser Versammlung konnten auf ihre 25jährige Mitgliedschaft im Verbands folgende Kollegen zurückblicken: Josef Ellenbrand, Josef Kraß, Josef Klug, Franz Cauer und Jodor Seipel. Kollege Jobst aus Umbach überreichte Diplom und Silbernadel. Er beglückwünschte die Jubilare im Namen der Zentrale und der Bezirksleitung und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Jubilare noch recht lange bei uns weilen möchten. Nach dem Jahresbericht des Kassierers, Kollegen Harnischjecker, und der Neuwahl des Vorstandes, hielt Kollege Jobst einen Vortrag über die allgemeine Lage. Am schlimmsten betroffen sei die Jugend, die ohne Ziel und Aussicht auf die Zukunft sei. Trotzdem dürften wir den Mut nicht aufgeben, nur durch eine gute Organisation könnten wir die Aussicht auf eine bessere Zukunft haben.

Schweben. Unsere Verbandsmitglieder hielten eine Versammlung ab, in der Kollege Jobst-Kreuznach Aufklärung über die durch die Notverordnung geänderten sozialen Gesetze gab. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß wir bei der durch die Notverordnung gekennzeichneten Zeit Vertrauen zu unserer Führung bewahren wollten. Kollege Jobst überreichte dann im Auftrage der Verwaltungsstelle Fulda dem Kollegen Ferdinand Köhrig Diplom- und Silbernadel für 25jährige Verbandstreue. Der Jubilar dankte anschließend für die Ehrung und führte an: die Bewegung benötigt gerade jetzt den alten guten Charakter ihrer Gründerjahre. Im Punkt Verschiedenes hatte Kollege Jobst allerlei Fragen zu beantworten, die der Kampf ums Dasein mit sich bringt.

Neuwied. In unserer am 4. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Kollege Hohn den Jahresbericht. Der Kassierer Kollege Jordan erstattete den Kassenbericht, der Anerkennung fand. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Matthias Mohr zum ersten Vorsitzenden und Kollege Karl Jordan zum ersten Kassierer gewählt. Kollege Steiof, Koblenz, dankte namens des Verbandes allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit. Für besonders vorbildliche gewerkschaftliche Arbeit im vergangenen Jahre wurden durch Ueberreichung wertvoller Souvenire bzw. der bronzenen Nadel die Kollegen Matthias Mohr, Karl Jordan und Peter Weisenfels ausgezeichnet. Kollege Steiof besprach dann noch innerorganisatorische Fragen und behandelte weiter die international in Erscheinung tretenden Strömungen im Wirtschaftsleben.

Schwandorf. Am 4. Januar 1931 hielt unsere Verwaltungsstelle eine Familienfeier unter dem Christbaum ab. Kollege Dietrich-Regensburg hielt einen der Zeit entsprechenden Vortrag. Durch die reicheren Gaben seitens der Mitglieder und einiger Geschäftsinhaber war es möglich, einen sehr guten Gabentisch herzustellen. Der Reinerlös kommt unserer Jugendgruppe zugute. Unsere Arbeiterarbeit lohnt sich durch ständigen Mitgliederzuwachs.

R. G.

Ubenberg (i. B.). Am 4. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Vorstand Zickelberger gab einen Rückblick auf seine 33jährige Tätigkeit als Vorstand. Er bezeichnete das erste Jahr als ehrenlich das zweite als gut, und das dritte als mißrathes Jahr; weil einige Kollegen immer kritisierten und so tat, als könnte man Arbeit aus der Luft herbeschaffen. Er legte deshalb den Vorsitzendenposten nieder. Der Kassierer gab den Kassenbericht, welcher für richtig befunden wurde. Das Wahlergebnis erbrachte als 1. Vorsitzenden Otto Wehler, als Kassierer Johann Geierlein, als Jugendführer Richard Bingler. Kollege Lechner dankte dem alten Vorstand für seine anfrichtige und treue Arbeit und wünschte, daß der neue Vorstand in ihm das Vorbild sehe. Wenn sonst Unmut der Welt Lohn ist, so darf das gerade bei uns, als christliche Gewerkschaftler, keine Geltung finden. Mit Gottvertrauen an die Arbeit im neuen Jahr und nicht vergessen, daß wir am 26. Mai 1929 unseren alten Kollegen bei ihrer Jubilärsfeier Treue und Nachahmung versprochen haben.

Dobersdorf. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 8. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Der zahlreiche Besuch zeugte von Interesse und Verdiennis für die sehr akuten Fragen, die der Kollege Leuninger-Breslau bis ins einzelne behandelte. Er sprach über die Wirtschaftskrise und ihre Behebung. Nachdem eine Anzahl Beschlüsse erledigt worden, dankte der Kollege Kwonitz dem Kollegen Leuninger-Breslau für den lehrreichen Vortrag, hat aber auch zugleich die anwesenden Kollegen, die Worte des Referenten zu befolgen. Nur wenn wir treu und geschlossen zu unserem Verband halten, ist es möglich, dem Ansturm der Unternehmer Halt zu gebieten. Er mahnte weiter die Kollegen, den Mut nicht sinken zu lassen; die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen werden wir überwinden. An dieser Versammlung waren erkrankte; weiter auch die Ortsgruppen W a l z e n und T w a r d a w a stark vertreten.

Castrop-Rauzel Nord. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 10. Januar statt. Der Kollege Kupka erstattete den Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß die Ortsgruppe Castrop-Rauzel Nord im verflorenen Jahr ihre Schuldschuldigkeit getan hatte. Auf Vorschlag wurden wiedergewählt, bzw. neugewählt zum 1. Vorsitzenden Hermann Pape und zum 1. Kassierer Ignaz Nowak.

Kollege Leimbach (Dortmund) sprach über das Thema: Die Arbeitsnot der augenblicklichen Zeit und Wege zur Besserung. Die anschließende Diskussion erbrachte den Beweis, daß die Kollegen mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten gefolgt waren. Kollege Peter behandelte ganz besonders die Frage der Preisentwicklung, besonders bei den Wertstoffumstellungen. Die Hilfskassierer der Ortsgruppe, welche zum größten Teil jüngere Kollegen sind, wurden angewiesen, für die Mitgliederversammlung tüchtig zu agitieren. Diefelbe findet statt jeden 2. Samstag im Monat, im Lokale Stratmann, früher Sondermann.

Saibach b. Mchaffenburg. Unsere am 10. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht; die jungen Kollegen hatten sich alle eingefunden. Vorsitzender Kollege L. Sommer erstattete den Jahresbericht. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer, Kollegen Kunze, gegeben. Bei der Neuwahl wurde L. Sommer zum 1. Vorsitzenden, und Jakob Kunze zum 1. Kassierer wiedergewählt. Kollege Sommer forderte zur Mitarbeit und Agitation auf. Wir rechnen dabei auf eine verstärkte Mithilfe durch unsere Bezirksleitung. Unsere jungen Kollegen versprachen, am Ausbau des Verbandes mitzuarbeiten.

L. S.

Bücherchau

„Die unteren Volksschichten im Wandel der Zeiten.“

Unter diesem Titel hat uns Kollege Ueberi Boh ein ansprechendes Büchlein bereitet, das ganz bestimmt eine lehrreiche Lektüre ausfüllt. Wir haben eine sehr anerkennenswerte „Vergleichsliste“ von Dr. Nobel, die das Wesentliche vom Unwesentlichen trennt. Daneben haben wir eine Uebersicht „Geschichte“, die in einseitiger Parteilichkeit Personen herausstellt oder Kriegshandlungen glorifiziert. Was kommt dem dringenden Bedürfnis entgegen, dem Arbeitervolk die Geschichte der ihm sozial Gleichstehenden früherer Zeitalter zu übermitteln. Nach zwei einleitenden Kapiteln, die die Behandlung des Stoffes begründen und Allgemeines vorausschicken, behandelt er die Arbeiter der alten Welt in Vorder- und Mittelasien und den Ländern des Mittelmeeres. kommt dann über die mit dem Christentum sich verändernde Anschauung der sozialen Begriffe nach West- und Mitteleuropa und über das Mittelalter bis in die Zeit unserer Großväter. Dem Frühkapitalismus widmet er in fünf eigenen Unterkapiteln die notwendige Betrachtung, so daß auf Grund von Kenntnis dieser Dinge die heutige wirtschaftliche Entwicklung in reiferer Auffassung gesehen werden kann. Das Schriftchen kostet 1 RM., bei Abnahme von 10 Exemplaren nur 0,80 RM., und ist zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverband, Berlin-Niedersdorf, Kaiserallee 25. Wenn die Geschichte Lehrmeisterin sein soll, dann greifen wir zu dieser Geschichte!

Sterbetafel

Am 7. Januar starb unser Kollege, der Bauarbeiter Karl Ritzstein, an Herzschlag im Alter von 58 Jahren.

Verwaltungsstelle Hannover.

Ehre seinem Andenken!

Möbel - Kassar in der Bestin Kas anfall 56 Spiel ez., Schlutz., Herrenz Käch Riesenau-w. Spottpreis-Zahlungser!

Wacholderbeersaft

seit altersher anerkannt als Blutreinigungsmittel liefert 1/2 kg Dosen od. 12 Fl. RM. 6.- fr. Laborat. E. Waither, Halle-Trotha 100

Wepa

Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe Spez: Baur Maschinenbau sowie Maurer und Manchester-Anzüge Wilhelm Pabr, Berlin - 31, Brunnenstraße 18

Roman Grentlich Beitragsmarken BERLIN NO 43 Colln-w-rasse 12

In 3 Tagen Nichtraucher Auskunft kostenlos! Sanitas-Depot, Halle a. S. 415 R.

Die Konsumgenossenschaft Giesfeldia e. G. m. b. H.

mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern

ist die Verbraucher-Organisation der giesfeldischen Bauarbeiter.

Der Mitbestimmung ermöglicht preiswerte Warenversorgung der einkaufenden Bauarbeiterfamilien. Die Ausnahmen der Bauarbeiter haben daher nur in den Genossenschaftsbetrieben ihren Bedarf decken.